

Thurgau



Der ZHAW-Bericht macht auch vor der Aufhebung von Zugverbindungen oder Bahnhöfen nicht Halt.

Bericht beweist: Thurgau hat ein Einnahmen- und kein Ausgabenproblem

Über 90 Millionen Franken soll der Kanton Thurgau laut einem ZHAW-Bericht jährlich einsparen – auf Kosten der breiten Bevölkerung. Betroffen sind zentrale Pfeiler wie die Bildung und der Umweltschutz, während die verfehlte Steuerpolitik der Vorjahre im Bericht bewusst ausgeklammert wird. Doch wir können uns dagegen wehren.

«Kürzung Biodiversitätsmittel», «Halbierung der Fördersumme des Fonds erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz (Energiefonds) um sechs Millionen», über 16 Millionen Kürzungen bei der Finanzierung der Sonderschulung. Der Bericht zur Aufgaben- und Verzichtsplanning des Kantons Thurgau (AVP) lässt aufhorchen.

Doch was ist die AVP genau? Hintergrund des Berichts sind die massiven Defizite des Kantons, die in den letzten Jahren teils über hundert Millionen Franken betragen. Deshalb beauftragte der Kanton die Zürcher Hochschule der Angewandten Wissenschaften (ZHAW) mit einer Analyse des Sparpotenzials. Herausgekommen ist eine Liste aus 50 breit gefächerten Vorschlägen, um die Finanzlage bis 2030 um über 90 Millionen Franken jährlich aufzubessern. Nun soll unter Mitwirkung der Bevölkerung in diesem Jahr



Yves Müller,
Parteisekretär
SP Thurgau

ein Massnahmenpaket erarbeitet werden.

Der Bezug zur Steuerfuss-senkung fehlt komplett

Doch der Bericht konnte nur so viel prüfen, wie der Regierungsrat mit seinen Leitplanken vorgab. Die Ziele sind entlarvend: So möchte man herausfinden, wo ein «bewusster Verzicht von heute erbrachten Leistungen» möglich ist. Dann möchte man Leistungsvereinbarungen überprüfen und Handlungsfelder mit schwach gebundenen Ausgaben aufspüren.

Spätestens an dem Punkt mache ich als Sozialdemokrat Folgendes: Mit der «Ctrl-F»-Suchfunktion habe ich nach dem Wort «Steuer» gesucht. Das Wort kommt im Dokument 29-mal vor, in Zusammenhang mit der OECD-Mindeststeuer oder der Verkehrssteuer. Was im Bericht völlig fehlt, ist ein Bezug zur

Steuerfussenkung von vor vier Jahren. Obwohl diese sehr wohl erklären könnte, warum der Kanton Thurgau diese Defizite hat, sieht der Bericht keine steuerlichen Anpassungen vor.

Interessanterweise finden sich im Bericht aber auch solche Sätze: «Wie an den erzielten Rangwerten zu erkennen ist, ist der Kanton Thurgau in den meisten der 12 betrachteten Leistungsbereichen vergleichsweise kosteneffizient.» Das beweist schwarz auf weiss: Der Kanton ist bereits äusserst schlank aufgestellt. Die Forderungen von SVP und FDP nach noch weniger Personal sind damit endgültig als realitätsfremd entlarvt.

Gemeinsamer Widerstand in der Vernehmlassung

Nennen wir das Kind beim Namen: Dieser Bericht läuft auf ein massives Abbauprogramm auf dem Buckel der Thurgauer Bevölkerung hinaus. Besonders hart trifft es die Bereiche Bildung und Umwelt. Weiter vorgesehen sind auch Sparmassnahmen bei Gesundheit, Kultur und öffentlichem Verkehr. – Doch welche Möglichkeiten bleiben uns als SP, um uns

► weiter von Seite 9

gegen diese Vorschläge zu wehren? Zuerst nutzen wir den Vernehmlassungsprozess, um jede der 50 Massnahmen kritisch zu hinterfragen. Die Vernehmlassung läuft bis Mitte Mai. Die Fraktion SP & Gewerkschaften wird sich intensiv mit den Vorschlägen auseinandersetzen und eine dezidierte Antwort formulieren.

Dabei zählt jede Stimme: Wir sind darauf angewiesen, dass sich möglichst viele Mitglieder beteiligen. Danach entscheiden Regierung und Grosser Rat über die Umsetzung. Da viele Punkte Gesetzesänderungen erfordern, liegt das letzte Wort beim Parlament. Die ersten Massnahmen sollen ab 2027 greifen.

Keine nachhaltige Finanzpolitik ohne zusätzliche Einnahmequellen

Fazit: Es ist so, wie die SP schon sehr lange sagt: Der Kanton Thurgau ist bereits jetzt sehr effizient und sparsam unterwegs. Da ist es auch egal, ob eine PwC, Avenir Suisse oder die ZHAW die Studie erstellt. Es führt keine nachhaltige Finanzpolitik an der Erschliessung zusätzlicher Einnahmequellen vorbei. Doch was wird es wohl brauchen, damit die bürgerlichen Parteien Verantwortung übernehmen – für die Zukunft des Kantons?

Du möchtest der nächsten Thurgauer Sparrunde den Kampf ansagen?

Lies das Dokument im QR-Code und schick uns deine Rückmeldung oder Fragen bis Ende März auf info@sp-tg.ch. Weiter wird ab 30. März auch das neue SP-Büro für die Vernehmlassungs-Arbeiten geöffnet sein. Vielen Dank für deine Mitarbeit!



Grossratsgeflüster

Klare Haltung ein Stichtes mit Signalwirkung

Die letzte Grossratssitzung in Weinfelden hatte es in sich. Noch einmal tagten wir im vertrauten Umfeld, bevor es wieder nach Frauenfeld geht. Bereits am Morgen stand die sogenannte «Ochsentour» an – der für das Obergericht Kandidierende stellte sich den Fraktionen vor. Eine wichtige Angelegenheit, denn am Ende geht es um nichts weniger als die Qualität unserer Rechtsprechung.



Markus Brüllmann,
Kantonsrat SP

Zu Beginn der Ratssitzung wurden die Kantonsbürgerrechtsgesuche behandelt. Dabei kam es zu einem unerfreulichen Zwischenfall aus den Reihen der EDU. Statt sich auf das Traktandum zu konzentrieren, wurde eine Grundsatzdebatte angegriffen, die am eigentlichen Geschäft vorbeiging.

Die Fraktion SP & Gewerkschaften verliert den Grossratssaal

Der Ratspräsident musste einschreiten, das Mikrofon wurde abgeschaltet – der Redefluss damit aber nicht gestoppt. Für uns war klar: Dieses Verhalten überschreitet eine Grenze.

Unsere Fraktion verliess geschlossen den Saal. Der Grosse Rat ist kein Ort für politische Inszenierungen auf Kosten eines würdevollen staatlichen Verfahrens. Nach der Rückkehr in den Saal wurden die Gesuche mit deutlicher Mehrheit gutgeheissen.

Intensiv diskutiert wurde danach die integrative Sonderschulung. Die Voten aus den Reihen der SP setzten hier wichtige Akzente. Ursula Senn-Bieri brachte es auf den Punkt: Integration ist kein Selbstzweck, sondern Ausdruck unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses. 333 Kinder konnten im vergangenen Schuljahr integriert beschult werden – das ist nicht nur organisatorisch anspruchsvoll, sondern vor allem ein Gewinn für alle Beteiligten. Integration gelingt aber nicht von allein. Sie braucht Fachwissen, Engagement und die richtigen Rahmenbedingungen.

Schule als Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Elina Müller erinnerte daran, weshalb die integrative Schule überhaupt zentral ist: Die Volksschule ist

und cheid kung



Die Ruhe vor dem Rathaus Weinfelden täuscht: Die Grossratssitzung vom 18. Februar fand nicht ohne laute Misstöne statt.

der Ort, an dem unsere Gesellschaft zusammenkommt. Hier lernen Kinder nicht nur Lesen und Rechnen, sondern auch, miteinander zu leben. Wer Separation fordert, verkennt diese fundamentale Aufgabe. Eine Schule für alle ist kein romantisches Ideal, sondern eine Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ein weiteres wichtiges Geschäft war die zweite Lesung zur Mehrwertabgabe im Planungs- und Baugesetz. Hier zeigte sich einmal mehr, wie unterschiedlich die Vorstellungen von Verantwortung sind. Markus Birk stellte klar, dass es nicht angeht, den Gemeinden ein wichtiges Instrument aus der Hand zu schlagen. Wenn planerische Entscheide zu Mehrwert führen, dann müssen die Gemeinden auch die Möglichkeit haben, einen Ausgleich zu schaffen. Alles andere bedeutet, die Lasten zu sozialisieren und die Gewinne zu privatisieren.

Mehrwertabgabe ermöglicht Fairness

Auch hier brachte Elina Müller die Sache auf den Punkt: Die Mehrwertabgabe verteuert nicht das

Wohnen – sie begrenzt lediglich übermässige Gewinne und ermöglicht eine Entwicklung, die sozial und ökologisch verträglich ist. Es geht um Fairness und um Handlungsspielraum für die Gemeinden.

Die Abstimmung endete mit einem seltenen Patt: 58 zu 58 Stimmen. Erst der Ratspräsident entschied mit seiner Stimme gegen den Änderungsantrag. Ein knappes Resultat – aber ein wichtiges Signal. Die Gemeinden behalten die Möglichkeit, ihre Entwicklung verantwortungsvoll zu gestalten.

Zum Schluss wurden noch Vorstösse im Sozialbereich abgeschrieben. Auch hier zeigt sich: Wenn Regierung und Parlament zusammenarbeiten, können konkrete Verbesserungen erreicht werden.

Die Sitzung hat einmal mehr gezeigt: Gute Politik braucht Haltung. Sie braucht Respekt vor den Institutionen und den Willen, Verantwortung zu übernehmen. Die SP hat dabei klar und verlässlich Position bezogen – für Integration, für Fairness und für starke Gemeinden.

Warum die SP-Fraktion und Gewerkschaften den Saal verlassen hat

Am Mittwoch, dem 18. Februar, kam es im Thurgauer Grossen Rat zu einem beispiellosen Eklat. Im Zentrum stand Marcel Wittwer, Fraktionspräsident von EDU/Aufrecht. Er nutzte das Traktandum der Einbürgerungen für eine fundamentale Kritik am System. Brisant dabei: Wittwer hatte sich vorab beim Büro des Grossen Rates erkundigt und die klare Antwort erhalten, dass es beim Traktandum allein um die Einbürgerungen an sich geht – nicht um das System.

Missachtung der Regeln und Protest

Trotz dieser expliziten Absage widersetzte sich Wittwer und hielt sein Votum dennoch. Unsere Reaktion folgte prompt: Die SP-Fraktion verliess geschlossen den Saal, gefolgt von den Grünen sowie Mitgliedern von Mitte, FDP und GLP. Vor der Tür bildete sich durch den Massenauszug ein Stau, während im Saal Tumult ausbrach.

Ordnungsruf, Jeremiade – und Rückkehr zum Anstand

Parlamentspräsident René Walther (FDP) unterbrach Wittwer mehrfach und erteilte einen offiziellen Ordnungsruf. Erst unter der Drohung, das Mikrofon abzustellen, beendete Wittwer seine Rede widerwillig. Er beklagte eine «Beschneidung seiner parlamentarischen Rechte», während die SP das Durchgreifen des Präsidiums begrüßte. Am Ende wurden alle Einbürgerungsgesuche grossmehrheitlich angenommen.

Sekretariat ist umgezogen – Büro neu in der Stadtkaserne



Das fleissige SP-Umzugs-Team in den neuen Räumlichkeiten. Von links: Hansjörg Brem, Barbara Dätwyler, Linda Hess, Turi Schallenberg, Martin Nafzger, Yves Müller, Marina Bruggmann.

Die SP Thurgau hat ein neues Zuhause. Nach dreieinhalb Jahren an der Hohenzornstrasse wechselte das Sekretariat die Räumlichkeiten. Glücklicherweise fanden wir eine neue Bleibe in der Stadtkaserne Frauenfeld, in die wir Ende Januar umgezogen sind.

Um Punkt acht Uhr morgens am 23. Januar traf sich der Zügeltrupp in den alten Räumlichkeiten an der Hohenzornstrasse 4. Ziel: Das ganze Mobiliar möglichst effizient von A nach B bringen. Mit grosser kantonsrätlicher Unterstützung bewegte sich Möbelstück um Möbelstück die Treppe hinunter. Wir hievten sie dann auf die Ladefläche des Transporters,

der uns von Martin Nafzger zur Verfügung gestellt wurde. Ebenso herzlich bedanken wir uns bei der Frauenfelder Stadträtin Barbara Dätwyler und Kantonsrat Turi Schallenberg, die zusätzlich zur tatkräftigen Unterstützung auch ihre Autos dabei hatten. Komplettiert wurde das Zügelteam durch Parteisekretär Yves Müller, Parteipräsidentin Marina Bruggmann und Kantonsrätin Linda Hess.

So langsam leerten sich Estrich, Küche und Büroräume, und unsere Karawane kam im Innenhof des neuen Frauenfelder Kultur-Treffpunkts an, wo wir alles effizient abladen. Nun musste alles noch die Treppe hoch ins neue Büro. Dort trafen wir zuerst auf den neuen Marie-Ott-Sitzungssaal, den alle Sektionen über die Volkshausstiftung mieten können. An dessen Tür empfing uns der Stiftungspräsident Hansjörg Brem höchstpersönlich. Er überwachte dann sogleich, dass alle Lampen und Pulte direkt im neuen Büro der SP Thurgau landeten, in der Ecke des Saals.

Mit dem neuen Standort ändert sich unsere Adresse. Neu findest du uns am **Bahnhofplatz 80** in 8500 **Frauenfeld**. Die Büro-Öffnungszeiten bleiben bestehen. Doch wo blieb eigentlich unser Zügeltrupp? Der gönnte sich nach getaner Arbeit einen Kaffee im «Glarner Kaffee» – direkt unter dem neuen Sekretariat.

Vom Gewerkschaftsbund zur Volkshausstiftung

Grund für den Umzug war, dass sich der Gewerkschaftsbund Thurgau nach einer neuen Lösung umsehen musste. So brauchte auch die SP Thurgau als Untermieterin einen neuen Raum. Bei der Suche kam uns entgegen, dass die Frauenfelder Volkshausstiftung nach neuen Räumlichkeiten Ausschau hielt. So führte eins zum anderen, und die SP Thurgau ist nun in einem Büro in der Frauenfelder Stadtkaserne eingemietet. Wir bedanken uns bei der Frauenfelder Volkshausstiftung für die Offenheit und die grosse Unterstützung.

Parteisekretär Yves Müller verlässt SP Thurgau

Liebe Genoss:innen

Nach dreieinhalb intensiven Jahren habe ich mich dazu entschieden, meine Aufgabe als Parteisekretär der SP Thurgau per 31. Juli 2026 abzugeben. Grund dafür ist, dass ich mich beruflich weiterentwickeln will.

Die Arbeit bei der SP Thurgau war jederzeit sehr bereichernd. Unter anderem durfte ich zusammen mit euch zahlreiche Wahlen «rocken», und dazu verzeichneten wir ein Mitgliederwachstum von 730 auf 800. Es machte richtig viel Spass mit euch!

Bis zu meinem letzten Tag am 31. Juli ist es mir ein grosses Anliegen, die Amtsgeschäfte geordnet zu übergeben, um einen optimalen Start für meine Nachfolge sicherzustellen. Ich danke der ganzen SP Thurgau für die konstruktive Zusammenarbeit über die ganze Zeit.

Yves Müller, Parteisekretär SP Thurgau

Du hättest bereits jetzt Interesse am Parteisekretariat?

Angesichts der personellen Veränderung im Parteisekretariat wollen wir euch schon mal über das weitere Vorgehen informieren. Bevor wir die Stelle öffentlich ausschreiben, möchten wir mögliche interne Stellenbewerber:innen ansprechen.

Du fühlst dich bei SP-Kampagnenarbeit, politischen Diskussionen, Social Media und dem Verfassen von Texten wie zu Hause und möchtest ein eigenes Büro direkt am Bahnhof Frauenfeld? Dann scanne den QR-Code oder lade das Dokument auf sp-tg.ch/stellenausschreibung runter. Bei Fragen kannst du dich bei marina.bruggmann@sp-tg.ch melden.

